

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 pbbn d



## Inhalt

Karl Weinhofer MdB, Mitglied des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages, weist auf eine neue tarifpolitische Konzeption der Arbeitgeberverbände hin: Lohnschraube.

Seite 1

Alwin Brück MdB, Stellvertretender Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit, befaßt sich mit den Verhandlungen zu Lomë III: Große Chance vertan. Seite 3

Werner Loewe MdB, Bildungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft, kommentiert die geplante Änderung des Hochschulrahmengesetzes: Programmiertes Chaos. Seite 5

Dr. Uwe Holtz MdB, Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Deutschen Bundestages, macht auf die Unterdrückung des Volkes in Ost-Timor aufmerksam: Massaker mit deutschen Waffen. Seite 6

39. Jahrgang / 236

7. Dezember 1984

Eine neue Lohnformel als Lohnschraube

-----  
Die Arbeitgeber-Vereinigung und ihre tarifpolitische Konzeption

Von Karl Weinhofer MdB

Mitglied des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages

Manche Meldungen haben nur auf den ersten Blick etwas Positives an sich. So auch diese: die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) hat eine neue Lohnkonzeption entwickelt. Und so soll sie aussehen: bei der Berechnung des Verteilungsspielraums soll nicht mehr die Produktivität je Erwerbstätigen sondern je Erwerbsperson zugrundegelegt werden. Dies ist mehr als ein semantischer Unterschied. Zu den Erwerbspersonen werden auch die Arbeitslosen gezählt.

Hat die BDA also endlich die Arbeitslosen entdeckt? Bedeutet diese Änderung nun, daß die Arbeitslosen in ein beschäftigungspolitisches Konzept der BDA einbezogen werden? Weit gefehlt. Sie bleiben für die Arbeitgeber nur eine rein numerische Größe - allerdings in diesem Fall mit erfreulicher Nebenwirkung. Bezogen auf die Erwerbspersonen, also Arbeitnehmer plus Arbeitslose liegt die Produktivitätsrate notwendigerweise niedriger, als wenn sie nur auf die wirklich im Erwerbsleben Stehenden bezogen bleibt.

Was hat das für Folgen? Die Rate der Produktivität gilt als Richtschnur dafür, was tarifpolitisch verteilt werden kann (über Lohnzuwächse und/oder Arbeitszeitverkürzung), ohne daß sich die Verteilung der Einkommen zwischen Arbeit und Kapital verändert. Berechnet auf alle Erwerbspersonen wird es also künftig weniger zu verteilen geben, wäre auch weniger Spielraum für Arbeitszeitverkürzungen.



Handelt es sich hierbei bloß um ein durchsichtiges Rechenkunststück oder steckt mehr dahinter? Letzteres dürfte wohl der Fall sein. Die Arbeitgeberverbände haben über Jahre hinweg damit argumentiert, daß die zu hohen Löhne und Lohnnebenkosten der Grund dafür seien, daß nicht genug investiert werde. Folge davon sei die hohe Arbeitslosigkeit. Die Schlüssigkeit dieser Argumentation ist schon früher mit Recht bezweifelt worden. Heute liegt ihre Haltlosigkeit offen zutage. Seit mehreren Jahren haben die Arbeitnehmer Reallohnverluste hinnehmen müssen. Seit zwei Jahren läßt die Bundesregierung keine Gelegenheit aus, über Gesetzesänderungen den Kostendruck von den Unternehmen zu nehmen und auf die Arbeitnehmer zu verlagern.

Aber statt beschäftigungswirksame Erweiterungsinvestitionen zu tätigen wird allenfalls rationalisiert, wird auch weiterhin der steigende Gewinnzuwachs zu hohen Zinsen im Ausland (insbesondere in den USA) angelegt. Von einem Wirtschaftsaufschwung ist keine Rede mehr, die Arbeitslosigkeit ist (die stille Reserve eingeschlossen) auf mittlerweile über 3,5 Millionen geklettert.

Die alte Leier überzeugt also nicht mehr. Bis ins Lager der Regierungsparteien hinein wächst die Überzeugung, daß Lohndrückerei alleine noch keinen Aufschwung bringt, geschweige denn die Arbeitslosigkeit beseitigt, daß der Abbau der Arbeitslosigkeit ohne weitere Arbeitszeitverkürzung nicht zu bewerkstelligen sein wird. Zu dieser Erkenntnis ist immerhin auch Kurt Biedenkopf gelangt: "Eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit erscheint nicht nur möglich, sondern auch nötig."

Für den Fall, daß sich derartige Einsichten in den Unionsparteien weiter verbreiten, sorgt die BDA jetzt schon vor. Ist die Zeit reif für neue Zugeständnisse bei der Arbeitszeitverkürzung, so muß man sie so klein wie möglich halten oder aber wenigstens gleichzeitige Lohnzuwächse verhindern. Und dies geht eben nur, indem man an der bisherigen Lohnformel herummanipuliert, die in allen bisherigen Tarifaueinandersetzungen die stillschweigende Geschäftsgrundlage war. Die neue Lohnformel der BDA wird so zur Lohnschraube, die Löhne drücken und eine Arbeitszeitverkürzung verhindern soll.

(-/7.12.1984/ks/rs)

+ + +



Eine große Chance vertan  
-----

Die Lomé III-Verhandlungen verliefen enttäuschend

Von Alwin Brück MdB

Stellvertretender Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß  
für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Das Abkommen von Lomé verbindet heute insgesamt 76 Staaten miteinander, in denen rund 670 Millionen Menschen leben. Es schließt zehn der wichtigsten Industriestaaten mit mehr als der Hälfte aller Entwicklungsländer zusammen. Seine fast 300 Artikel regeln die wirtschafts-, handels- und entwicklungspolitischen Beziehungen zwischen den Vertragspartnern in bisher nicht gekanntem Umfang. Schon aus diesen Gründen gilt noch immer: Das Abkommen kann Modellcharakter für eine künftige leistungsfähige, gerechte und soziale Weltwirtschaft haben. Verhandlungen über seine Fortschreibung bieten deshalb immer auch die Möglichkeiten, dem Nord-Süd-Dialog insgesamt zusätzliche Impulse zu geben.

Aus diesem Grund ist die Enttäuschung über das Ergebnis der Verhandlungen zu Lomé III besonders herb. Trotz einer ganzen Reihe unleugbarer Fortschritte - zum Beispiel beim Prinzip der "Selbsthilfe", beim Umweltschutz, in der Frage der Menschenrechte - ist das Ergebnis weit hinter den Erwartungen der Sozialdemokraten im Bundestag wie im Europäischen Parlament, aber auch hinter jenen der Europakommission zurückgeblieben - so weit, daß der AKP-Ratsvorsitzende festhielt: "Unsere Unterschriften werden kaum in froher Stimmung erfolgen." An dieser Enttäuschung ist allerdings nicht allein die Europäische Gemeinschaft schuld, auch nicht allein die Bundesregierung:

- So ist die Vereinbarung eines wirksamen "Politikdialogs" vordergründig an den AKP-Staaten gescheitert, die dahinter eine verstärkte Konditionierung der Hilfe und Eingriffe in ihre Souveränität gefürchtet haben. Die Europäische Gemeinschaft hat aber auch nicht entschlossen genug an diesem Konzept festgehalten - vielleicht aus Sorge, es könnten Probleme wie der europäische Agrarmarkt zur Sprache kommen.
- Die Ausgleichszahlungen für Exporterlösausfälle der AKP-Staaten im Rahmen des sogenannten Stabex-Mechanismus bleiben weiterhin ohne Auflagen. Ihr Zweck, die



Abhängigkeit der betroffenen Länder vor einseitigen Exportstrukturen zu mildern, bleibt weiterhin verfehlt.

Eine ganze Reihe der Defizite von Lomé III gehen jedoch ganz klar auf das Konto der Europäischen Gemeinschaft, zum Teil auf das der Bundesregierung. Dies wird an zwei Beispielen deutlich:

- Im Handelsbereich sind nur marginale Zugeständnisse gemacht worden. Die Entwicklungsländer stehen vor offenen Märkten, wo sie kaum konkurrenzfähige Produkte anbieten können, vor unüberwindlichen Schranken aber im Agrarbereich, wo sie natürliche Standortvorteile besitzen. Damit ist vorprogrammiert, daß die größte Enttäuschung in den Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den AKP-Staaten, nämlich im Handel, bestehen bleibt.
- Bei der Ausstattung der europäischen Finanzhilfe für die AKP-Staaten haben sich die Europäer, allen voran die Bundesregierung, von ihrer knauserigsten Seite gezeigt. Die Mittel für den Europäischen Entwicklungsfonds sind von 5,7 Milliarden ECU auf lediglich 7,4 Milliarden ECU angestiegen - für fünf Jahre weniger als die Hälfte dessen, was allein 1984 für den EG-Agrarmarkt aufgewendet worden ist. Der deutsche Anteil am europäischen Entwicklungsfonds ist dabei um fast zwei Prozent auf 26 Prozent gefallen.

Die Verhandlungspartner aus dem Norden wie aus dem Süden haben eine große Chance vertan, mit Lomé III einen neuen richtungweisenden Schritt zu tun. Dennoch bleibt dieses Vertragswerk eine der großen Hoffnungen für eine Neubelebung des Nord-Süd-Dialogs, der nun schon seit Jahren stagniert und in kleinlichem Hickhack zu ersticken droht.

(-/7.12.1984/ks/rs)

+ + +



**Das Chaos programmiert**  
-----**Zur geplanten Änderung des Hochschulrahmengesetzes**

Von Werner Loewe

Bildungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft

In der Hamburgischen Bürgerschaft hat die SPD-Fraktion eine Aussprache über die von der Bundesregierung geplante Änderung des Hochschulrahmengesetzes herbeigeführt. Die Debatte hat deutlich gemacht, wie unerträglich der von Bundesbildungsministerin Wißms vorgelegte Entwurf ist. Daß diese harte reaktionäre Linie - mit Beseitigung der Mitbestimmung, Personalstrukturänderung mit katastrophalen Auswirkungen auf die Arbeitsfähigkeit von Wissenschaftlern ohne Professorenrang, der Beeinflußbarkeit von Forschungsentscheidungen nach der Maxime individuellen Profit -, von der Bundesregierung so durchgehalten werden kann, ist sehr zu bezweifeln.

Die Verwirklichung der jetzt vorgelegten Gesetzesentwürfe würde für die Personalstruktur der Universitäten das Chaos programmieren. Nach den Plänen der Bundesregierung sollen praktisch nur noch Professoren das Sagen haben. Die Mitbestimmungsrechte werden zurückgedreht auf den Status der alten Ordinarien-Universität. Die persönliche Zuordnung der Assistenten zu den Professoren, die sie sozial wie wissenschaftlich völlig von jenen abhängig machen würde, ist nur ein Beispiel für die geplante Refeudalisierung der Hochschulen.

Die Behauptung, die geltende Personalstruktur könne die Probleme der Universität nicht lösen, ist vorgeschoben. Ob diese Struktur geeignet oder ungeeignet für die Universitäten ist, kann noch gar nicht entschieden werden, weil diese reformierte Personalstruktur bis heute noch nicht einmal überall umgesetzt ist. Das von der Bundesregierung als Gegenmittel gegen bestehende Schwierigkeiten an den Universitäten vorgesehene Rezept, die Personalstruktur wieder einzuführen, die vor den Hochschulreformen bestanden hat, ist absurd. Diese Struktur hat ja schon bewiesen, daß sie nichts taugt. Ihr Versagen war ein Grund für die Reformen.

Die Probleme der Universität liegen auch nicht in erster Linie im Personalsektor. Sie sind im finanziellen Bereich zu suchen. Die dort angebotene angebliche Patentlösung, Industriegelder für Forschungsaufträge in die Universität zu bekommen, ist kein Fortschritt, sondern eine Katastrophe für die unabhängige Wissenschaft: Die vorgesehenen Neuregelungen für die Industrieforschung an Universitäten bedeuten praktisch, daß die Hochschulen nicht mehr frei über Art und Richtung der Forschung bestimmen können.

Der Verband Hochschulen und Wissenschaft im Deutschen Beamtensbund hat die Änderungspläne der Bundesregierung zutreffend kommentiert: "Würde das Hochschulrahmengesetz so wie jetzt vorgelegt verabschiedet, müßte diese Novelle in die Rechtsgeschichte der Hochschulen als ein Ermächtigungsgesetz für Professoren eingehen."

Fazit: Die Hochschulen wollen das Gesetz nicht, die Hochschulen brauchen es nicht, die Sozialdemokraten werden dem nicht zustimmen. (-/7.12.1984/ks/rs)

+ + +



Ost-Timor: ein vergessenes Land

Indonesien massakriert mit deutschen Waffen ein um Unabhängigkeit kämpfendes Volk

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Deutschen Bundestages

Nach der Revolution in Portugal am 25. April 1974 löste sich die portugiesische Kolonialverwaltung auf Ost-Timor praktisch auf.

Portugal nahm in seine Verfassung die Verpflichtung auf, im internationalen Bereich weiterhin seine Verantwortung für Ost-Timor zu übernehmen; es brachte daher stets das Thema vor die Vereinten Nationen. In Artikel 297 seiner Verfassung verpflichtet sich Portugal, "das Recht auf Unabhängigkeit für Ost-Timor zu fördern und zu garantieren."

Wenige Monate nach der portugiesischen Revolution bildete sich die FRETILIN: die revolutionäre Front für ein unabhängiges Ost-Timor. Als Programm forderte sie die vollständige Unabhängigkeit des Landes sowie eine soziale Revolution durch Alphabetisierungskampagnen, Bildung von landwirtschaftlichen Genossenschaften, Einrichtung eines Gesundheitssystems für die ganze Bevölkerung. Mit Hinweis auf "kommunistische subversive Elemente", die das gesamte indonesische Inselreich destabilisieren könnten, griffen indonesische Truppen Ende 1975 gegen die FRETILIN ein. Im Gegenzug erklärte am 28. November 1975 die FRETILIN die Unabhängigkeit von Ost-Timor.

Portugal brach nach der Invasion sofort die diplomatischen Beziehungen zu Indonesien ab und rief die UNO an. Am 22. Dezember 1975 faßte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen einstimmig eine EntschlieÙung, in der alle Staaten aufgefordert werden, "die territoriale Integrität von Ost-Timor sowie das unveräuÙerliche Recht seiner Bevölkerung auf Selbstbestimmung ... zu respektieren." Indonesien wird aufgefordert, unverzüglich alle seine Streitkräfte zurückzuziehen, und Portugal wird als "Verwaltungsmacht" aufgefordert, mit den Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten, "um die Bevölkerung von Ost-Timor in die Lage zu versetzen, ihr Recht auf Selbstbestimmung frei auszuüben."

Am 17. Juli 1976 wird Ost-Timor offiziell als 27. Provinz in den indonesischen Staat eingegliedert. Alle internationalen Appelle und Aufforderungen konnten und können Indonesien nicht stoppen. Seitdem tobt der Unabhängigkeitskampf, seitdem herrscht dem internationalen Recht zuwider Indonesien über Ost-Timor; seitdem ist es zu krassen Menschenrechtsverletzungen gekommen. Insgesamt sollen von einer Gesamtbevölkerung von cirka 700.000 etwa 200.000 Timoresen durch Kriegsgreuel und Hunger umgekommen sein.

Durch eine von der indonesischen Regierung verhängte fast absolute Nachrichtensperre über die Ereignisse in Ost-Timor gab es nur spärliche Informationen, und pro-indonesische Kreise hatten es stets leicht, diese Informationen als übertriebene Gerüchte oder Spekulationen zurückzuweisen.

Es ist gut, daß in diesen Tagen der vergessene Konflikt in Ost-Timor und die Leiden der timoresischen Bevölkerung wieder etwas stärker dem Bewußtsein der deutschen Bevölkerung nahegebracht werden, nicht zuletzt durch die Aktivitäten der "Gesellschaft für bedrohte Völker".



Noch in seinem jüngsten Jahresbericht 1984 hatte amnesty international große Sorge über neue Berichte von schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen in Ost-Timor ausgedrückt. Dazu zählt amnesty das "Verschwindenlassen" und extralegale Hinrichtungen von Nichtkombatanten sowie Folter und Mißhandlungen von Personen im Gewahrsam der indonesischen Sicherheitskräfte.

Die Leiden der Bevölkerung, gleich von welcher Seite verursacht, auf Ost-Timor müssen endlich aufhören; die Timoreser müssen in freier Selbstbestimmung ihren Frieden finden können. Auf dem Wege dahin sind folgende Schritte notwendig:

1. Hilfswerken und dem Internationalen Roten Kreuz muß gestattet werden, ungehindert auf Ost-Timor zu arbeiten.
2. Es ist ein Waffenstillstandsabkommen zwischen den Beteiligten zu vereinbaren, damit der Weg für Verhandlungen und eine politische Lösung freigemacht wird.
3. Die Bundesregierung, die mir im April 1984 auf eine dementsprechende parlamentarische Frage mitgeteilt hatte, sie habe die Eingliederung Ost-Timors in die Republik Indonesien bisher nicht anerkannt, muß ihre Zurückhaltung in internationalen Gremien, die sich mit der Lage der Menschenrechte auf Ost-Timor befassen, nun endlich aufgeben und sich nicht lediglich - wie geschehen - bei Abstimmungen über Menschenrechtsverletzungen in Ost-Timor der Stimme enthalten. Das Interesse an guten politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Indonesien darf niemals Anlaß sein, über Menschenrechtsverletzungen hinweg zu sehen.
4. Wir erwarten von der Bundesregierung, daß sie gegenüber dem Schwerpunktland deutscher Entwicklungspolitik, Indonesien, bei den nächsten Regierungsverhandlungen Ost-Timor und die Menschenrechte mit auf die Tagesordnung setzt. (Leider ist dies bei den letzten Regierungsverhandlungen mit Indonesien vom 15. bis 18. Oktober 1984 in Bonn nicht geschehen.)
5. Bisher hat sich die Bundesregierung bei Abstimmungen in den Vereinten Nationen, als das Selbstbestimmungsrecht der Ost-Timoresen gefordert wurde, abseits gestellt und sich der Stimme enthalten. Wer wie die Bundesregierung stets das Recht auf Selbstbestimmung für die Deutschen betont, macht sich unglaublich, wenn er dieses Recht anderen Völkern verweigert.
6. Durch Waffenlieferungen hat die Bundesrepublik Deutschland zur massiven Aufrüstung Indonesiens beigetragen. Zukünftig müssen alle Waffenlieferungen an Indonesien unterbleiben.
7. Es ist zu hoffen, daß die laufenden Geheimverhandlungen Portugals in bezug auf Ost-Timor zu einem Ergebnis führen, das die Integrität, kulturelle Identität und Würde der Bevölkerung von Ost-Timor wiederherstellt. (-/7.12.1984/ks/rs)

+            +            +

